

Besserer Schutz vor Infektionskrankheiten

Bürgerschaft beschließt Gesetz, dass Opfern von Vergewaltigungen oder Beißattacken mehr Rechte einräumt
von Matthias Lüdecke

Quelle

http://www.weser-kurier.de/bremen_artikel.-Besserer-Schutz-vor-Infektionskrankheiten-_arid.1061368.html

Vergewaltigungsopfer oder Polizei- und Rettungskräfte, die angespuckt oder gebissen werden, sollen künftig besser vor ansteckenden Krankheiten geschützt werden. Die Bürgerschaft hat ein entsprechendes Gesetz gestern in erster Lesung beschlossen. Bislang mussten die Opfer mitunter lange auf Gewissheit warten. Lob gab es von der Gewerkschaft der Polizei.

Bremen. Der CDU-Abgeordnete Wilhelm Hinners machte an einem drastischen Beispiel deutlich, warum seine Fraktion dringenden Handlungsbedarf sieht. Er berichtete von einer jungen Polizistin, die bei einer Festnahme angespuckt wurde. Der Speichel des Verdächtigen gelangte dabei in ihren Mund – und für die Beamtin begann eine Zeit der Unsicherheit. Denn beim Täter gab es einen begründeten Verdacht auf Hepatitis C. Die Polizistin musste fürchten, angesteckt worden zu sein.

Das Problem dabei: Es dauert bei manchen Krankheiten bis zu einem halben Jahr, bis man sie nachweisen kann. Schneller könnten Opfer Gewissheit erhalten, wenn man den Täter auf diese Krankheiten hin untersucht. Das ist nach bisheriger Rechtslage aber nur mit dessen Einverständnis möglich. Im konkreten Fall, so berichtete Hinners, habe der Täter diese Einwilligung verweigert.

Seine Fraktion hatte deshalb eine Änderung des Polizeigesetzes beantragt. Das Ziel: Wird ein Beamter attackiert, kann der Täter verpflichtet werden, sich vom Gesundheitsamt auf bestimmte ansteckende Krankheiten untersuchen zu lassen. Und: Die Opfer erhalten den Anspruch, über das Ergebnis informiert zu werden.

Richtig und wichtig sei diese Initiative gewesen, sagte der SPD-Abgeordnete Sükrü Senkal dazu. Die rot-grüne Koalition hatte sich zur Lösung des Problems allerdings gegen die Änderung des Polizeigesetzes entschieden. Nun gibt es ein eigenes Gesetz, dass die von der CDU geforderten Möglichkeiten schafft. Es gilt dann allerdings nicht nur für Polizisten, sondern ebenso für Angehörige der Rettungsdienste, Krankenhausmitarbeiter oder Sozialarbeiter, die angespuckt oder gebissen werden. Es gilt aber vor allem auch für Opfer von Gewalttaten und insbesondere für Opfer von Vergewaltigungen.

Die CDU trug diesen geänderten Ansatz mit und zog ihren eigenen Antrag zurück. „Die Opfer leben lange Zeit in Unsicherheit, die sie und ihre Angehörigen belastet“, sagte Hinners, „dieses Problem müssen wir lösen, egal, in welcher Gesetzesform.“ Senkal betonte, der Kreis derjenigen, die von dem Gesetz profitieren, sei nun systematisch erweitert worden. Das sei richtig, denn Opfer von Gewalttaten litten durch die monatelange Ungewissheit oft zusätzlich. Björn Fecker (Grüne) betonte, mit dem neuen Gesetz sei der Opferschutz deutlich gestärkt worden. Zudem sei der Datenschutz gewährleistet, weil die Untersuchungsergebnisse gelöscht würden. Und auch Kristina Vogt (Linke) begrüßte das Gesetz. „Schnelle Klarheit heißt auch schnelle Behandlungsmöglichkeit“, sagte sie.

Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) freute sich über die einhellige Zustimmung zum Gesetz, das nun im März endgültig beschlossen werden soll. „Spuck- und Beißattacken nehmen massiv zu“, sagte er, „darauf müssen wir reagieren.“ Das Gesetz sei daher ein deutliches Signal an die Polizei.

Und dieses Signal kam bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auch positiv an. Der Landesvorsitzende Jochen Kopelke nannte das Gesetz richtig und notwendig. „Es ist sehr gut, dass diese Gesetzeslücke nun geschlossen wird“, sagte er.

KOMMENTAR

Es werden also Zwangsuntersuchungen potentiell Schädigender aufgrund eines Antrages potentiell Geschädigter ermöglicht, damit

- a) den potentiell Geschädigten Wissen um tatsächliche Risiken zur Verfügung steht
- b) die potentiell Geschädigten unmittelbar und zeitnah zielgerichtete medizinische Hilfe in Anspruch nehmen können

Auswirkungen könnte dies auch auf Strafverfolgung haben, denn, wenn eine tatverdächtige Person, der vorgeworfen wird eine andere Gebissen zu haben, z.B. um eine HIV Infektion bei ihr weiß und in diesem Wissen eine andere so verletzt, das es zu einem Kontakt zwischen ihrer Körperflüssigkeit und Blut dieser dann potentiell zusätzlich geschädigten Person kommt, liegt eventuell eine versuchte Tötung als Straftat vor. Es geht also nicht um Peanuts.

Es bleibt für mich die Frage, ob in Zukunft bei jedem Fall potentieller Körperverletzung durch Übertragung von infektiösem Material seitens Person A auf Person B im Rahmen einer sonst bereits (potentiell) körperverletzenden Handlung gegen Person A Zwangsuntersuchung angeordnet werden kann, sofern Person

B dies beantragt. Oder gilt in Zukunft die von Person A verursachte Disposition mit potentiell infektiösen Körperflüssigkeiten von der eine Person B betroffen ist, bereits als potentielle (körperverletzende) Straftat, die Person B berechtigt, die Zwangsuntersuchung von Person A zu verlangen?

Für den Alltag z.B. sexueller Kontakte hätte dies sehr weitreichende Folgen und ob das Gesetz unter diesem Blickwinkel den Anforderungen der Verhältnismässigkeit genügt, wäre zu prüfen. Die Macher (Herr Hömpler für die CDU Fraktion der Bürgerschaft) des Gesetzes haben mir persönlich versichert es gehe ihnen nur um den Schutz von Menschen, die (mutmasslich) bereits von Straftaten betroffen waren und die im Rahmen dieser Straftaten noch zusätzlich dem Risiko einer Infektion ausgesetzt waren.

